



Darmstadt, 28. August 2009

Pressemitteilung

Aktionswoche gegen Abschiebung vom 24. bis 30. August Gedenktag für die Todesopfer in Abschiebungshaft am 30. August: IR legt Übersicht über den Abschiebehaftvollzug in den Ländern vor

Anlässlich des Gedenktags für die Todesopfer in Abschiebungshaft am 30. August und der bundesweiten Aktionswoche gegen Abschiebung vom 24. bis 30. August legt der Interkulturelle Rat eine Übersicht über aktuelle Kleine und Große Anfragen in den Länderparlamenten und im Deutschen Bundestag vor, die den Vollzug der Abschiebungshaft betreffen. Die Übersicht findet sich auf der Homepage des Interkulturellen Rates.

Aus den Auskünften der Landesregierungen und der Bundesregierung wird ersichtlich, dass Abschiebungshaft in der Bundesrepublik Deutschland nach wie vor unverhältnismäßig oft und unverhältnismäßig lange verhängt wird. Außerdem werden nach wie vor auch Minderjährige und Angehörige anderer besonders verletzlicher Gruppierungen inhaftiert.

„Das einzige Vergehen von Menschen in Abschiebungshaft besteht darin, an der Festung Europa gescheitert zu sein und nicht freiwillig in die Länder zurückkehren zu wollen, aus denen sie vor Verfolgung, Krieg, Gewalt, Armut oder Hunger geflohen sind“, erklärte Torsten Jäger, der Geschäftsführer des Interkulturellen Rates. Mit der Abschiebungshaft verbunden ist u.a.:

- die gesellschaftliche Stigmatisierung als kriminell;
- die Einschränkung der medizinischen Versorgung;
- kein Recht auf Hafturlaub, Arbeit oder Bildung;
- die Retraumatisierung von Menschen, die vor Verfolgung geflohen sind.

Der Interkulturelle Rat lehnt deshalb die Inhaftierung von Menschen ausschließlich zur Sicherung der vorgesehenen Abschiebung als unverhältnismäßig ab. Die überlange Abschiebungshaftdauer sowie die Praxis der Inhaftierung von Minderjährigen, Traumatisierten und von Personen, deren Asylverfahren nicht entschieden ist, lassen sich mit dem Menschenrecht auf Freiheit und mit internationalen Konventionen und Verträgen nicht in Einklang bringen.

Von der zukünftigen Bundesregierung, so Jäger abschließend, erwarte man daher, endlich einen menschenrechtskonformen und verhältnismäßigen Umgang mit ausreisepflichtigen Personen zu etablieren.

Zum Hintergrund: Für vier Flüchtlinge und Migranten - Kemal Altun, Kola Bankole, Rachid Sbaai und Altankhou Dagwasoundel – markiert der 30. August das tragische Ende der Suche nach Schutz in Deutschland. Sie starben in der Abschiebungshaft oder kamen während eines Abschiebungsversuchs ums Leben. Der 30. August ist deshalb ein wichtiger Gedenktag für die Toten in Abschiebungshaft. In vielen Städten wird von Initiativgruppen und anderen Organisationen gegen Abschiebungshaft in diesem Jahr zu einer Aktionswoche gegen Abschiebung aufgerufen.